

Änderungsantrag

der Abgeordneten Heike Hänsel, Monika Knoche, Michael Leutert, Paul Schäfer (Köln), Dr. Dietmar Bartsch, Heidrun Bluhm, Eva Bulling-Schröter, Roland Claus, Lutz Heilmann, Hans-Kurt Hill, Katrin Kunert, Dr. Gesine Löttsch, Dorothee Menzner, Dr. Ilja Seifert, Dr. Kirsten Tackmann und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 16/750, 16/1305, 16/1324, 16/1325, 16/1326, 16/1348 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2006
(Haushaltsgesetz 2006)**

**hier: Einzelplan 05
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 05 02 wird der Titel 687 23 – Demokratisierungs- und Ausstattungshilfe Minenbeseitigungsprogramme Unterstützung von Maßnahmen zur Förderung der Menschenrechte – um 7,100 Mio. Euro auf 25,880 Mio. Euro erhöht. 16 Mio. Euro aus dem Titel sind für das Minenbeseitigungsprogramm vorgesehen.

Berlin, den 19. Juni 2006

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Begründung

Die im Bundeshaushaltsplanentwurf vorgesehene Kürzung der Mittel für den genannten Titel ist ein falsches Signal angesichts der Tatsache, dass noch immer 100 Millionen Minen das Leben von Menschen bedrohen und das Ziel der Ottawa Konvention, bis 2010 in allen Ländern Minenfreiheit zu erreichen, bereits gefährdet ist. Vielmehr bedarf es verstärkter Anstrengungen, um dieses wichtige Ziel noch zu erreichen.

